

Zoff im Ortsrat

Es hörte sich zunächst für die Zuhörer gar nicht so schlimm an: Beschlussempfehlung zur Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung im Zusammenhang mit der Errichtung der EBS-Anlage nördlich der Johann-Rathje-Köser-Straße sowie eine Befreiung vom Bebauungsplan Nr.602/1. Doch als dann dieser Tagesordnungspunkt 8 aufgerufen wurde, wurde es heftig. Was war geschehen ?

Es stellte sich heraus, dass es sich bei dieser EBS-Anlage um die seinerzeit bereits genehmigte Ersatzbrennstoffanlage zur Stromerzeugung der damaligen (inzwischen insolventen) Firma Prokon Nord bzw. N-Prior handelt. Diese Anlage wurde 2012 nur teilweise fertiggestellt und geriet bei den Bützflethern wohl in Vergessenheit (Verdrängung). Der jetzige Eigentümer - EBS Stade Besitz GmbH mit Sitz in Aurich - allerdings will das Kraftwerk bis 2017 fertigstellen und betreiben. Er hat einen entsprechenden Antrag

zur Erteilung der Betriebsgenehmigung beim Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg gestellt. Dieses wird wohl die Genehmigung erteilen (müssen). Erzeugt werden sollen durch die Verbrennung von Abfall von Recyclingunternehmen 20 Megawatt elektrische Energie pro Jahr. Das bedeutet eine Jahresmüllmenge von rund 175 000 Tonnen. Dieser Müll kommt per Schiff, Bahn und Lkw in den Bützflether Industriehafen. Wir erinnern uns langsam an die Unruhe in der Ortschaft damals

Der Ortsrat sollte nun sowohl einer Änderung der im Bebauungsplan Nr. 602/1 festgelegten Baugrenzen zustimmen als auch die Annahme einer Verpflichtungserklärung der Fa. EBS Stade Besitz GmbH mit dem festgeschriebenen Ziel der Unterschreitung der gesetzlichen Emissionswerte um 25% - 50% durch die Hansestadt Stade empfehlen. Und das hatte es in sich. Da seitens der Deichverbände bezüglich der

Verschiebung der Baugrenze für das Kompressor-Gebäude in Richtung Landesschutzdeich bereits Einverständnis erklärt worden war, hatte die Verwaltung die Befreiung von der Baugrenze empfohlen.

Dr. Jochen Witt (WG) monierte, dass sich der Ortsrat nicht lange genug mit dem Thema hätte beschäftigen können und die Stadt ihrerseits versuche, jede Diskussion zu vermeiden. Er stellte den Antrag, das Thema zu verschieben. Als er dann den Krebs-Tod eines ehemaligen Mitstreiters in Verbindung mit der anstehenden Thematik brachte, handelte er sich eine Rüge durch Ortsbürgermeister Sönke Hartlef (CDU) ein.

Stadtbaurat Lars Kolk zeigte nochmal das Dilemma auf: Der Ortsrat kann zwar der Befreiung vom Bebauungsplan widersprechen, würde damit aber nicht weit kommen, da der Deichverband zugestimmt habe. In diesem Falle würde das Gewerbeaufsichtsamt die Zustimmung ersetzen. Auch

bei dem Verpflichtungsvertrag hinsichtlich der Emissionswerte, der ja „bessere“ Werte für Bützfleth bedeute, zeigte sich die Zwickmühle. Wenn der Ortsrat und später die Stadt der Vereinbarung nicht zustimmen, würde diese Vereinbarung verfallen. Dann hätte man in Bützfleth zwar die gesetzlich zulässigen aber eben höheren Emissions-Werte. Und der Antragsteller hat bei „Grünem Licht“ durch das Gewerbeaufsichtsamt ein Recht auf Bau und Realisierung der Anlage, was eigentlich alle nicht wollen. Wie gesagt - Dilemma!

Letztendlich stimmte der Ortsrat zähneknirschend dem geänderten Bebauungsplan und der da mit verbundenen Verpflichtungserklärung zu bei drei Enthaltungen und drei Nein-Stimmen. In den Beschluss wurde der Zusatz aufgenommen, dass der Ortsrat den Bau der Anlage grundsätzlich ablehnt und dass der Import von Müll zu vermeiden ist.

Bericht: P. Schneiderit